

Liebe Leserinnen und Leser,

jedes Wochenende gehen in Madrid und 52 Provinzhauptstädten Hunderte, Tausende von Menschen auf die Straße. Das spanische Volk hat spanische und europäische Flaggen in der Hand. Warum? Weil sie glauben, dass Europa für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit steht und weil sie das verteidigen wollen.



Denn die Bevölkerung fühlt sich von ihrem Ministerpräsidenten und Regierungschef Sánchez hinters Licht geführt. Selbst empörte Sozialisten, also seine eigenen Parteifreunde, sind darunter. Sánchez hatte sich kürzlich seine Wiederwahl - 7 Stimmen fehlten - sehr, sehr teuer mit katalanischen Unabhängigkeitsparteien politisch erkaufte. In einem Amnestiegesetz wollte er Menschen, die wegen Terrorismus oder Veruntreuung in Haft saßen, begnadigen und so demokratische Prinzipien aushöhlen.

Doch in der Bevölkerung gibt es ein tief verwurzeltes Gefühl, ein Nationalgefühl, einen Stolz, der nicht politisch motiviert ist. Gerade Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit mithilfe Europas war und ist für das spanische Volk eine absolute Erfolgsgeschichte. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Und das haben die Bürgerinnen und Bürger begriffen. Eine positive Geschichte, die beispielhaft ist - für und in Europa.

In diesem Sinne wünsche ich Euch eine gesegnete Adventszeit!

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

„Man sollte aufhören, wenn es am besten ist“

Ich habe mich dazu entschieden, bei der kommenden Wahl zum Europäischen Parlament im Juni 2024 nicht wieder anzutreten. Der Wunsch nach etwas mehr Zeit für mich und meine Familie ist da und darauf freue ich mich einfach.

Die Politik und die Arbeit in Europa war und ist für mich der Höhepunkt in meinem politischen Leben. Genau deshalb werde ich die verbleibenden Monate mit dem gleichen Elan weiterarbeiten. Es gibt viel zu tun und meine Kreativität kennt keine Grenzen.

Pflanzenschutz ist Verbraucherschutz

Das Europäische Parlament hat diese Woche in Straßburg den Vorschlag über die neue europäische Pflanzenschutzverordnung (SUR) abgelehnt. Es hat damit der extremen und übermäßigen Überregulierungswut der Grünen und Sozialdemokraten eine große Niederlage beschert.

Am Ende stimmte Sarah Wiener gegen ihren eigenen Bericht, denn sie konnte nicht ertragen, dass die EVP-Fraktion alle Schlüsselabstimmungen mit praxistauglichen Kompromissen im Sinne unserer Landwirtschaft gewonnen hatte. Kompromisse machen heißt: geben und nehmen. Doch Wiener und die Grünen wollten immer nur nehmen und nichts geben. Damit haben sie ihr eigenes Projekt zerstört und ihre verdiente Quittung erhalten.

Auch die Rücküberweisung zurück in den europäischen Umweltausschuss scheiterte mit einem klaren Abstimmungsergebnis. Dadurch wird es auch keine weiteren Verhandlungen geben. Keine Seite hatte mit diesem Ausgang gerechnet. Umso glücklicher sind wir. Denn heute haben wir einmal mehr gezeigt: Wir als EVP stehen wie keine andere Partei für unsere Landwirte, für unsere Umwelt und unsere Verbraucherinnen und Verbraucher.

Schauen wir in das Vorwort der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ der Kommission. Dort steht sinngemäß: „Europa hat die sichersten Lebensmittel und die Lebensmittel mit der größten Qualität im weltweiten Vergleich.“ Danke liebe Bäuerinnen und Bauern! Ihr seid damit an der Spitze der weltweiten Bewegung und arbeitet nach dem Prinzip: „so viel wie nötig, so wenig wie möglich!“ Denn nur gesunde und einwandfreie Lebensmittel werden vom Markt und vom Verbraucher akzeptiert. Ihr habt mit weniger und gezieltem Pflanzenschutzmitteleinsatz die Qualität gesteigert. Und nun wollte man mit pauschaler Reduktion und ausufernder Dokumentation, sozusagen mit dem Holzhammer weiterregulieren und strangulieren.

Nur 11% der EU-Landwirte unter 40 Jahren bewirtschaften einen Hof. Genau diese jungen Landwirte brauchen Motivation, denn sie wollen Innovation, Planungssicherheit, und Verlässlichkeit. Und wir brauchen sie für unsere Ernährungssicherheit - also für zukunftsweisende Lösungen statt rückwärtsgewandte Verbote!

Auch der brutale Putin-Krieg mitten in Europa zeigt uns: die menschlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten von Kriegen und Konflikten sind immens. Umso mehr ist es unsere Aufgabe, heimische und erschwingliche Nahrungsmittel für alle zu gewährleisten und zu fördern.

Die Pläne der EU-Kommission und der Berichtstellerin Sarah Wiener waren so weitreichend, dass bestimmte Regionen und Betriebe keine Pflanzenschutzmittel mehr hätten anwenden dürfen, trotz kranker Kulturen. Ein Irrweg! Denn nur eine gesunde Pflanze ist gut für Mensch und Umwelt.

EVP-Fraktion veranstaltet hochrangige EU-Konferenz

Am Freitag, den 24.11.2023 veranstaltet die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament eine **hochrangige Konferenz zum Einsatz von EU-Fördermitteln** in Leipzig. Die Veranstaltung hat unter dem Motto "Road to Recovery" in ähnlicher Form u. a. bereits in Lissabon, Warschau und Zagreb stattgefunden. Ziel ist es, den Austausch der verschiedenen Verwaltungsebenen über die von der EU zur Verfügung gestellten Finanzmittel der sogenannten "Aufbau- und Resilienzfazilität" (RRF), besser bekannt als "**EU-Corona-Wiederaufbaufonds**", zu verbessern. Der EU-Corona-Wiederaufbaufonds soll dazu beitragen, Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten der EU und deren Regionen zu finanzieren, um Europa stärker, nachhaltiger, robuster und krisenfester zu machen.

Neben zahlreichen Bürgermeistern und Kommunalvertretern werden u. a. **EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn**, der Minister für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt, **Sven Schulze (CDU)**, sowie der Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien und Chef der Sächsischen Staatskanzlei, **Oliver Schenk (CDU)** erwartet. In zwei Panels soll der Austausch mit politisch Verantwortlichen der kommunalen und der Landesebene erfolgen.

Gastgeberin für die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament ist die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe **Marion Walsmann (CDU)**:

"Die Europäische Union hat die Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) als ihren wichtigsten Mechanismus zur Bewältigung der Herausforderungen im Zusammenhang mit der Erholung von den Folgen der Covid-Pandemie sowie jenen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine eingerichtet. Er ist von entscheidender Bedeutung, dass dieses beispiellose Instrument der europäischen Solidarität wirksam eingesetzt wird.

Unsere Konferenz in Leipzig bringt lokale Vertreter mit europäischen Entscheidungsträgern zusammen, um die Fortschritte bei der Umsetzung des Corona-Wiederaufbaufonds in Deutschland zu bewerten. Denn der Erfolg hängt bei der Umsetzung in hohem Maße von der effektiven Einbeziehung der lokalen und regionalen Ebene ab. Die EVP-Fraktion setzt sich aktiv dafür ein, dass dieser Grundsatz auch tatsächlich eingehalten wird. Im Lichte des aktuellen Urteils des Bundesverfassungsgericht sollte die Bundesregierung nun endgültig verstehen, dass der Corona-Wiederaufbaufonds auch für Deutschland einen bedeutenden Beitrag leisten kann. Die Bundesregierung wird ihre bislang gegenüber diesem Fonds demonstrierte Gleichgültigkeit schleunigst überdenken müssen.", sagt Marion Walsmann (CDU), die auch stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschuss im Europäischen Parlament ist.

Gastgeber für die EVP-Fraktion ist der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion, **Siegfried Mureşan** (Partidul Naţional Liberal, Rumänien):

"Die Aufbau- und Resilienzfazilität spielt eine zentrale Rolle für die deutsche Wirtschaft. Durch die Förderung von Privatinvestitionen und Strukturreformen treibt der Fonds den

Übergang Deutschlands zu einer moderneren und zukunftsorientierten Wirtschaft voran. Diese Unterstützung erstreckt sich auf erneuerbare Energien und digitale Infrastrukturen, um Deutschlands Klimaziele zu erreichen und den digitalen Wandel zu bewältigen. Wir freuen uns darauf, in Leipzig zu erörtern, wie die Kombination aus Reformen und Anreizen die Integration der Wirtschaftsräume in Deutschland erleichtert. Darüber hinaus sind wir gespannt darauf wie auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Nachbarländern wie Polen und der Tschechischen Republik erleichtert und die wirtschaftliche Integration in der gesamten Region gestärkt werden." erklärt Siegfried Muresan, der auch den Arbeitskreis Haushalt der EVP-Fraktion leitet.

Weitere Informationen sowie das Programm finden Sie [hier](#). Die komplette Veranstaltung ist am 24.11.2023 ab 9 Uhr auch im Livestream verfolgbar.

Net-Zero Industry Act für zukunftsfähige europäische Industrie

Am 21. November hat das Europäische Parlament seine Position zum Netto Null Industriegesetz ("Net Zero Industry Act") festgelegt. Dazu erklärt **Christian Ehler (CDU)**, industriepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Berichterstatter des Europaparlaments:

"Das Parlament hat heute eine erste klare Antwort auf den amerikanischen Inflation Reduction Act gegeben. Mit dem Net Zero Industry Act stärken wir zum ersten Mal das Geschäftsmodell für die industrielle Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft. Wir wollen den Net-Zero Industry Act zu einem echten „Clean-Tech-Manufacturing Act“ machen. Wir erweitern den Anwendungsbereich und wollen Maßnahmen, die der europäischen Industrie beim Übergang zum Netto-Null-Zeitalter helfen, wie schnellere Genehmigungsverfahren, Deregulierung und einen Vorrang für Innovation. Wir setzen auf Regelungen, die sicherstellen, dass ein Wachstum der europäischen Industrie auch im globalen Wettbewerb machbar und möglich ist. Und wir setzen auf Maßnahmen, die der europäischen Industrie dabei helfen, Vorreiter bei Innovationen zu bleiben.

Die Erzählung, dass der Green Deal Europas Wachstumsstrategie der Zukunft ist und die Ökologisierung unserer Wirtschaft mit einem Deal für unsere Industrie und unsere Bürger einhergeht, hat sich bislang nicht erfüllt. Dem Green Deal fehlte der Deal, und für unsere Industrie hat sich die regulatorische Belastung in einer Weise erhöht, die die Produktion in Europa weniger attraktiv macht. Der Net-Zero Industry Act ist das zentrale Gesetz, um diese Lücke zu füllen. Er muss die Blaupause für die Industriestrategie der nächsten Kommission sein. Ursula von der Leyen hat das Thema, wie die ökologische Transformation auch zu einem wirtschaftlichen Erfolg wird, bereits in ihrer diesjährigen Rede zur Lage der Union aufgenommen.

Wir zeigen, dass wir die europäische Industrie ernst nehmen. Unsere Industrie ist das Rückgrat des wirtschaftlichen Wohlstands, sie ist das Rückgrat für gute Arbeitsplätze für alle Europäer. Wir müssen zukünftig den Bedürfnissen der europäischen Industrie noch viel größere Priorität einräumen. Der Net Zero Industry Act darf nur der Anfang sein. Nun geht es darum, auch die Mitgliedstaaten davon zu überzeugen."

Ausgewogenheit in der neuen Abgasnorm Euro 7

Das Europäische Parlament hat am 09. November den von Christdemokraten, Konservativen und Liberalen getragenen Kompromiss für die neue Abgasnorm Euro 7 angenommen. Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion:

„Ich freue mich, dass das Parlament heute für einen ausgewogenen Ansatz bei den neuen Abgasgrenzwerten gestimmt hat. Damit erreichen wir eine Verbesserung der Luftqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger. Wir verhindern aber auch eine zusätzliche Belastung der Industrie, die schon den Umstieg auf die Elektromobilität bewältigen muss. Neben der Luftqualität hat für uns als EVP der Erhalt von Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätzen in der EU Priorität.

Erst vor wenigen Monaten hatten Grüne und Sozialdemokraten das Verbrennerverbot ab 2035 beschlossen. Es wäre geradezu absurd, die Automobilindustrie nun mit scharfen Euro 7-Regeln zu hohen Investitionen in eine auslaufende Technologie zwingen zu wollen. Das überfordert die Hersteller und treibt den Preis für die Verbraucher massiv in die Höhe.

Das heutige Votum ist ein Schritt in die richtige Richtung. Das Parlament spricht sich für bessere Luft, bezahlbare Mobilität und eine global wettbewerbsfähige Industrie aus. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns in den nun anstehenden Verhandlungen mit dem Rat ebenfalls auf einen ausgewogenen Kompromiss einigen können.

Leider hat eine Mehrheit der Abgeordneten unsere Vorschläge zu Technologieneutralität nicht unterstützt. Wir wollten den Einsatz klimaneutraler Kraftstoffe im Gesetz verankern. Das hätte die Zulassung von Autos mit Verbrennungsmotoren über 2035 hinaus ermöglicht. Ein Verbot bestimmter Technologien ist nie die beste Lösung. Hier hat das Parlament eine Chance verpasst. Ich setze darauf, dass wir klimaneutrale Kraftstoffe beim Gesetz für CO₂-Standards für schwere Nutzfahrzeuge noch einbringen können.“

Hintergrund:

Der verabschiedete Text setzt auf eine weitgehende Beibehaltung der unter Euro 6 bewährten Testverfahren bei gleichzeitiger Verschärfung der Schadstoffgrenzwerte. So sollen beispielsweise die Grenzwerte für Stickoxidemissionen bei LKW gegenüber der Euro 6-Norm um 60% gesenkt werden.

EVP setzt sich weiter für CO₂-neutrale Kraftstoffe ein

Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments hat sich am 24. Oktober gegen die Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen und für eine Verschärfung der Reduktionsziele für LKW, Busse, Anhänger und Auflieger ausgesprochen. Hätte der Umweltausschuss das Sagen, sähe es schlecht für unsere Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit aus! Dazu erklärt **Jens Gieseke (CDU)**, verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer für die EVP-Fraktion:

„Grüne und Sozialdemokraten, unterstützt von Linken und Liberalen, haben heute wieder einmal gegen Technologieoffenheit gestimmt. Statt einen Wettbewerb der besten Technologien zu ermöglichen, wollen sie auch bei Bussen, LKW, Anhängern und Aufliegern die

künstliche Beschränkung auf Elektro und Wasserstoff als einzige Antriebsart. Der Umweltausschuss hat die Chance verpasst, CO₂-neutrale Kraftstoffe zu berücksichtigen.

Die Position des Ausschusses ist eine Zumutung für unsere Industrie. So werden den mittelständischen Hersteller von Anhängern und Aufliegern in der Realität nicht erreichbare Ziele vor die Nase gesetzt. Die Ausschussmehrheit hat damit ruinöse Auswirkungen von drohenden Strafzahlungen ignoriert und nimmt damit den Verlust von Arbeitsplätzen billigend in Kauf. Mit dieser Politik gegen unsere Industrie lässt sich die notwendige Dekarbonisierung des Verkehrssektors nicht realisieren.

Für die EVP ist klar: Wir brauchen ambitionierte, aber realistische Reduktionsziele und eine Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen. Dafür kämpfen wir auch im Plenum erneut.“

Und das mit Erfolg: Über die Positionierung des Parlamentes wurde am 21. November im Plenum in Straßburg abgestimmt - mit dem Ergebnis: CO₂-neutrale Kraftstoffe werden auch in Zukunft berücksichtigt!

Hintergrund:

Die EU-Kommission hatte ihren Vorschlag für eine *Verordnung im Hinblick auf die Verschärfung der CO₂-Emissionsnormen für neue schwere Nutzfahrzeuge und die Einbeziehung von Meldepflichten* im Februar 2023 vorgelegt. Der Rat beschloss am 16. Oktober eine allgemeine Ausrichtung zu dem Vorschlag. Nach dem Votum des Umweltausschusses am 24. Oktober stimmte das Plenum im November 2023 über die Positionierung des Parlamentes ab.

Knapper Sieg für Technologieneutralität

In einer knappen Abstimmung hat sich das Europäische Parlament für die Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen wie eFuels und für ambitionierte Reduktionsziele für LKW und Busse ausgesprochen. Dazu erklären am 21. November:

Jens Gieseke (CDU), verkehrspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Gruppe und Verhandlungsführer der EVP-Fraktion für das Dossier:

„Grüne und Sozialdemokraten sind heute mit ihrer Verbotspolitik krachend gescheitert. Eine Mehrheit hat heute ihrer realitätsfernen Linie eine Absage erteilt und sich für die Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen ausgesprochen. Das ist ein wichtiges Signal: Wir brauchen diesen Wettbewerb um die besten Lösungen. Von vornherein Technologien auszuschließen, ist der falsche Weg. Es soll am Ende jeder selbst entscheiden, welche technologische Lösung für seine Einsatzzwecke am besten geeignet ist.“

Das Europäische Parlament spricht sich nun für ambitionierte, aber realistische Reduktionsziele und die Berücksichtigung von CO₂-neutralen Kraftstoffen aus. Nun wird es darauf ankommen, dieses Ergebnis in den Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission zu verteidigen.“

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Erstmals hat das Europäische Parlament die Tür zur Technologieneutralität geöffnet. Darüber bin ich sehr froh. Ich erkenne zwar an, dass die meisten Hersteller auf Elektromobilität und/oder Wasserstoff setzen, aber niemand weiß, was im Jahr 2035 oder 2040 Stand der Technik sein wird. Ob synthetische Kraftstoffe genutzt werden, sollte nicht die Politik, sondern der Markt und die Ingenieure entscheiden.“

„Reparieren statt wegwerfen“

Das Plenum hat sich am 21. November zum Recht auf Reparatur defekter Produkte positioniert. Hierzu erklärt **Andreas Schwab (CDU)**, binnenmarktpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Wegen häufig fehlender Reparaturmöglichkeiten landen gebrauchsfähige Produkte zu früh im Müll. Nach dem Motto „Reparieren statt wegwerfen“ schaffen wir heute neue Anreize für die Reparatur von Elektrohaushaltsgeräten, Smartphones, Tablets und Fahrrädern. Verlangt der Verbraucher zukünftig die Reparatur eines Produkts während der gesetzlichen Gewährleistung, so kann er von der Verlängerung der Gewährleistungsperiode um ein Jahr profitieren. Und auch nach dem Ende der Gewährleistung hat der Verbraucher in der Zukunft einen Anspruch darauf, dass sein Produkt repariert wird.“

Wir haben dafür gesorgt, dass mit dem Entfall des Reparatur-Datenblatts unnötige Bürokratie vermieden wird. Denn gerade kleine und mittlere Unternehmen sind daran interessiert, Reparaturen vorzunehmen und keine Wegwerf-Produkte herzustellen. Als CDU/CSU hätten wir uns auch gewünscht, dass wir endlich zu einer Vereinheitlichung der Gewährleistungsrechte auf europäischer Ebene finden. Nur so werden die Anforderungen an die kleinen und mittleren Unternehmen, die Rechte der Verbraucher zu kennen, tatsächlich vereinfacht. Bisher haben wir auf EU-Ebene einen bunten Flickenteppich. Zwar gilt größtenteils die Mindestgarantie von zwei Jahren. Bestimmte Mitgliedsstaaten weichen hiervon aber mit komplizierten Rechnungen je nach Produkttyp und Lebensdauer ab. Hinzu kommen unterschiedliche Regelungen, wie sich die Garantie im Falle der Reparatur oder Neulieferung verlängert. Das macht es für die Hersteller schwierig, die Rechte der Verbraucher unkompliziert zu erfüllen. Einheitliche EU-Regeln hätten hier eine echte Verbesserung für die Verbraucher bedeutet.“

Verpackungsmüll soll reduziert werden

Das Europäische Parlament hat sich am 22. November zum Vorschlag für eine europäische Verpackungsverordnung positioniert. Dazu erklären:

Peter Liese (CDU), umweltpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

„Ich halte es für richtig, insbesondere die Plastikflut zu bekämpfen und das Recycling in den Ländern Europas zu verbessern, in denen es noch nicht so gut funktioniert. Wir brauchen einen starken Binnenmarkt für recycelte Rohstoffe für den Aufbau unserer Kreislaufwirtschaft, aber wir brauchen keine Verbotsorgie. Papier ist ein nachhaltiges Material und wir haben in Europa im Moment wirklich andere Sorgen, als uns mit Papiertütchen zu beschäftigen. Dass Ausnahmen für den Versandhandel von den verpflichtenden Mehrwegquoten für Länder geschaffen wurden, die hohe Recyclingquoten für die entsprechenden Materialien haben, halte ich auch für sehr wichtig, weil wir Plastik und Papier nicht auf eine Stufe stellen dürfen. Firmen, die Plastik vermeiden, indem sie Papier einsetzen, dürfen nicht bestraft werden.“

Hildegard Bentele (CDU), für die Verpackungsverordnung zuständige Abgeordnete der CDU/CSU-Gruppe im Umweltausschuss:

„Pro Kopf verbraucht jeder Deutsche 225kg Verpackungsmüll pro Jahr. Die Zahlen steigen seit Jahren kontinuierlich an, deshalb brauchen wir dringend Maßnahmen zur Reduzierung: Mehrwegoptionen zur Vermeidung von Verpackungen und hochwertiges Recycling in

großem Maßstab. Für mich ist wichtig, dass für die Abwägung zwischen Mehrweg und Einweg klare, standardisierte Kriterien gelten. Das schafft Planungssicherheit für die Industrie und Transparenz für die Verbraucher, deren Kaufentscheidung wesentlich von der Verpackung beeinflusst wird."

Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und EVP-Berichterstatterin der Stellungnahme des mitberatenden Industrieausschusses:

„Wir müssen Müll vermeiden und europaweit Rückgabe- und Pfandsysteme weiter ausbauen, um den immer größer werdenden Müllbergen Herr zu werden. Daher ist es gut, dass wir mit der heutigen Abstimmung einen ersten wichtigen Schritt zum Ausbau von Rücknahme- und Pfandsystemen in allen europäischen Mitgliedstaaten gemacht haben. Bei der heutigen Plenarabstimmung konnten wir erreichen, dass hochwertiges Recycling, wie es beispielsweise bei Verpackungen aus Papier oder Pappe der Fall ist, eine ebenso wichtige Rolle spielen muss wie Wiederverwendung. Dies ist ein wichtiges Signal für die bereits gut funktionierenden Recyclingsysteme in Deutschland! Wichtig ist außerdem, dass die Kommission keine weitergehenden Verbote für bestimmte Verpackungsformate, wie für Tomaten und Gurken beschließen kann.“

Luftqualitätsrichtlinie wird überarbeitet

Der Rat hat am 09. November sein Verhandlungsmandat zur Überarbeitung der Luftqualitätsrichtlinie beschlossen. Dazu erklärt **Norbert Lins (CDU)**, Berichterstatter der EVP-Fraktion für die Luftqualitätsrichtlinie:

"Die Luftqualität in der EU hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte stetig verbessert. Sie hat schon heute ein sehr hohes Niveau erreicht. Die weitere Verbesserung ist auch für uns ein wichtiges Anliegen, aber es gilt dabei den Bogen nicht zu überspannen. Wir brauchen ambitionierte, aber keine unrealistischen Grenzwerte.

Es ist deshalb bedauerlich, dass auch der Rat die von der Kommission vorgeschlagenen kaum zu erreichenden Grenzwerte nicht abschwächt. Die Ratsposition liegt damit nur wenig unter den vollkommen überzogenen Forderungen des Europaparlaments. Damit bleiben die weitreichenden Konsequenzen dieser Richtlinie wie Fahrverbote oder Industriestopp nicht nur auf dem Tisch, sondern sie werden wahrscheinlicher.

Die kraftvolle Enthaltung der deutschen Bundesregierung bei diesem hochpolitischen Thema ist leider symptomatisch und zeigt die Uneinigkeit und Handlungsunfähigkeit der Ampel auf europäischer Ebene.

Als Union werden wir uns weiterhin für eine ambitionierte aber realistische Luftqualitätsrichtlinie einsetzen, die insbesondere auch die lokalen Gegebenheiten in betroffenen Gebieten angemessen berücksichtigt."

EU-Parlament schlägt Änderung der europäischen Verträge vor

Zu den Vorschlägen des Europäischen Parlaments für Änderungen der europäischen Verträge erklärt **Sven Simon (CDU)**, verfassungspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und Co-Berichterstatter für das Dossier:

"Zum ersten Mal in seiner Geschichte hat das Europäische Parlament Vorschläge zur Änderung der europäischen Verträge und zur Einberufung eines Konvents beschlossen. Das ist ein historischer Tag für die EU auf dem Weg zu einer handlungsfähigeren Union. Eine Vielzahl konkreter Vorschläge für Reformen haben in der heutigen Parlamentsabstimmung eine Mehrheit gefunden. Klarere Zuständigkeiten bei den Kompetenzen, die Wähl- und Abwählbarkeit der Kommission, die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen statt Vetomöglichkeiten und eine Stärkung des Rechtsstaatlichkeitsmechanismus zählen dabei zu den Kernpunkten.

Besonders hervorzuheben ist der Aufbau einer Verteidigungsunion durch verstärkte Zusammenarbeit bei der Beschaffung von Rüstungsgütern. Europa verfügt über sechsmal so viele verschiedene Waffensysteme wie die USA. Wir haben 178 Waffensysteme, die USA haben 30. Das ist teuer und ineffizient. Durch eine gemeinsame Beschaffung könnte Europa hier deutlich besser werden, ohne unter dem Strich mehr Geld auszugeben. Auch durch die richtungsweisenden Beschlüsse für mehr europäischen Grenzschutz und in der Energiepolitik kann Europa besser und effizienter werden. Das Votum des Parlaments ist ein Auftrag an den Rat jetzt zügig über die Eröffnung eines Konvents zu beschließen."

Plenardebatte über Antisemitismus in Europa

Zur Plenardebatte über Antisemitismus in Europa vom 8. November erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe:

„Antisemitische Gewalt ist in Europa und auf der ganzen Welt auf dem Vormarsch. Allein in Deutschland gab es seit dem 7. Oktober über 200 Vorfälle. Es erinnert an Deutschlands dunkelste Zeiten, wenn jüdische Schüler auf offener Straße Angst vor Angriffen haben müssen und wenn auf pro-palästinensischen Demonstrationen die Vernichtung Israels gefordert wird. Europa muss jetzt dringend handeln. Für Antisemitismus darf es in Europa keinen Platz geben.

Wir verlangen von den Mitgliedstaaten, dass vorhandene Strafbarkeitslücken bei antisemitischen Hassdemonstrationen schnell geschlossen werden. Darüber hinaus muss Antisemitismus im Netz konsequent bekämpft und die EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus und zur Förderung jüdischen Lebens in allen Mitgliedstaaten endlich umgesetzt werden. Wir sollten zudem einen Dialog mit den Islamverbänden über die Gefahren des muslimischen Antisemitismus führen und verlangen, dass deren finanzielle Förderung an ein Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gebunden wird.

Die Menschenwürde sowie die Religions- und Glaubensfreiheit sind nicht verhandelbar. Sie zu achten und zu schützen ist nicht nur Aufgabe des Staates, sondern vor allem auch Aufgabe von uns allen.“

Zum Thema Antisemitismus in Deutschland strahlte NTV am 09. November ein interessantes Interview mit Michel Friedmann, dem ehemaligen Vizepräsident des Zentralrates der Juden, aus. Sie finden das Interview [hier](#).

Europäische digitale Identität

Unterhändler des Europäischen Parlaments und des Rates besiegelten am 08. November die Trilogie zur Europäischen Digitalen Identität (EUID). Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Mitglied im zuständigen Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europaparlaments:

"Diese Verordnung ist ein Meilenstein für die Digitalisierung Europas. Erstmals wird jeder europäische Bürger Zugang zu einer sicheren und vertrauenswürdigen digitalen Identität haben. EU-Bürgerinnen und Bürger können sich künftig sicher online identifizieren und authentifizieren, egal ob für Dienstleistungen von privaten Betreibern wie Banken oder für öffentliche Dienste und sowohl in ihrem eigenen Mitgliedstaat als auch über die EU-Binnengrenzen hinweg.

So kann die europäische digitale Identität beispielsweise den Beginn eines Studiums im EU-Ausland erleichtern. Studierende aus Deutschland können sich künftig mit ihrer e-ID online in einer italienischen Universität einschreiben sowie Dokumente rechtssicher online signieren. Der Zugang zu dieser rechtsverbindlichen digitalen Signatur, die höchsten Sicherheitsstandards genügt und in der gesamten EU anerkannt wird, ist ein wichtiger Bestandteil der neuen Verordnung. Sie wird den Lebensalltag bedeutend erleichtern und kann viele physische Unterschriften ersetzen. Das spart Zeit und Geld.

Gut ist auch die vorgesehene digitale Briefftasche, in der alle Arten von digitalen Dokumenten gespeichert werden können. Das kann der digitale Führerschein sein, Schul- oder Universitätsdiplome oder Eintritts-, Transport- oder Treuekarten. Diese Liste ist nicht abschließend. Die digitalen Zertifikate werden so ausgestellt, dass ihre Authentizität und Vertrauenswürdigkeit von der empfangenden Partei überprüft werden kann. Auch das kann den Alltag erleichtern.

Klar ist auch: Verpflichtend ist die Nutzung einer solchen digitalen Identität für keine Bürgerin und keinen Bürger, aber sehr wohl für die Mitgliedstaaten. Sie müssen die Verordnung nach Inkrafttreten zügig umsetzen und den Bürgerinnen und Bürgern, die eine digitale Briefftasche nutzen wollen, dies anbieten."

Hintergrund:

Die Verordnung ist eine Neufassung der geltenden Verordnung 910/2014 über "elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt". Die Kommission hatte ihren Verordnungsvorschlag am 03.06.2021 vorgelegt. Dem formellen Abschluss des Trilogs gingen aufgrund der technisch komplexen Thematik über 150 Stunden Verhandlungen zwischen Europaparlament und spanischer Ratspräsidentschaft voraus.

Weitere Informationen zum Gesetzgebungsverfahren [hier](#).

Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau

Zum am 08. November vorgestellten Erweiterungspaket der Europäischen Kommission erklärt **Michael Gahler (CDU)**, außenpolitischer Sprecher der EVP-Fraktion und ständiger Ukraine-Berichterstatler des Europaparlaments:

"Ich begrüße das heute vorgestellte Erweiterungspaket. Die Empfehlung der Europäischen Kommission zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine und Moldau ist richtig. Die Entwicklung der Ukraine ist trotz des russischen Angriffs und der Kriegslasten beeindruckend. Das Land hat in den Bereichen Korruptionsbekämpfung und Rechtsstaatlichkeit erhebliche Fortschritte gemacht. Auch die Republik Moldau hat mit wichtigen Entscheidungen die neun Vorbedingungen der Europäischen Union erfüllt.

Den Kandidatenstatus für Georgien haben vor allem die Bürger, die Staatspräsidentin, mutige Beamte und Politiker der Opposition verdient. Die aktuelle georgische Regierung muss erhebliche Anstrengungen unternehmen, um ihr Land besser auf die EU auszurichten und nicht Spielball von Autokraten zu werden. Beitrittsverhandlungen und Kandidatenstatus werden Moskau zeigen, dass diese Länder zur Europäischen Union gehören wollen und werden."

Hintergrund:

Die Fortschrittsberichte zeigen die notwendigen Reformen in den Kandidatenländern auf, um den Anforderungen einer EU-Mitgliedschaft zu entsprechen. Die nun auf den Weg gebrachten Beitrittsverhandlungen werden sich über mehrere Jahre hinziehen. Damit erhält auch die EU genügend Zeit zur Modernisierung der eigenen Strukturen. Der EU-Beitritt kann nur auf der Grundlage von Verdiensten und nach Erfüllung der Kriterien erfolgen.

Handel ohne Hindernisse zwischen EU und Neuseeland

Das Plenum hat sich am 22. November zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland positioniert. Hierzu erklärt **Daniel Caspary (CDU)**, Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Berichterstatter des Europaparlaments für das Handelsabkommen EU-Neuseeland:

"Wir bauen heute Brücken über Ozeane und machen den Weg frei für Handel ohne Hindernisse zwischen der EU und Neuseeland. Das Freihandelsabkommen wird der europäischen und der neuseeländischen Wirtschaft einen intensiven Schub geben.

Mitten im rauen globalen Klima samt stetig steigendem protektionistischen und isolationistischen Druck, beweist sich das Europäische Parlament als verlässlicher Fürsprecher der bewährten regelbasierten globalen Handelsordnung. Auch wenn wir an gegensätzlichen Enden der Welt leben, sind die EU und Neuseeland vertraute, verlässliche und gleichgesinnte Partner. Mit dem heute beschlossenen Handelsabkommen gestalten wir den globalen Handel mit der Macht des Rechts anstatt das Feld der Macht des Stärkeren zu überlassen."

Hintergrund:

Die EU und Neuseeland hatten sich im Juni 2022 nach vierjährigen Verhandlungen auf das Freihandelsabkommen verständigt. Im Juli 2023 ist es dann von beiden Seiten unterschrieben worden. 2024 soll das Abkommen in Kraft treten. Es ist fortschrittlicher als jedes andere Abkommen zuvor und beinhaltet klare Regeln für den digitalen Handel, einen spezifischen Kontaktpunkt für kleine und mittlere Unternehmen sowie die vollständige Einbeziehung des neuen EU-Nachhaltigkeitsansatzes. Die EU-Kommission geht davon aus, dass der Handel zwischen beiden Partnern infolge des Abkommens um schätzungsweise 30 Prozent wachsen könnte. So könnten EU-Investitionen in Neuseeland um bis zu 80 Prozent

zunehmen. Bei den Exporten aus den EU-Staaten nach Neuseeland erhofft sich die EU-Kommission einen Zuwachs um bis zu 4,5 Milliarden Euro pro Jahr.

Vorstellung des Europäischen Windenergiepaketes

Am 24. Oktober stellte die EU-Kommission ihr Europäisches Windenergiepaket vor. Dazu erklären:

Christian Ehler (CDU), industrie- und energiepolitischer Sprecher der EVP-Fraktion:

"Ursula von der Leyen wies in ihrer Rede zur Lage der Union zu Recht darauf hin: die europäische Windindustrie ist eine europäische Erfolgsgeschichte, steht aber auch unter unglaublichem Druck. Der Plan der Kommission, unsere Windindustrie zu unterstützen, ist daher begrüßenswert. Gut ist auch, dass dieser mit industriepolitischen Gesetzgebung wie dem Net-Zero Industry Act in Einklang steht. Wir müssen alle Mittel wirksam einsetzen damit unlauterer globaler Wettbewerb nicht die europäischen Industrien tötet. Europa muss attraktiver für die industrielle Fertigung werden. Je attraktiver Europa ist, desto schwieriger wird es für China, unsere Industrie zu untergraben. Der globale Wettbewerb ist für jeden Industriesektor unterschiedlich. Ein Sektor-spezifischer, ökosystembasierter Plan, der sowohl Nachhaltigkeit als auch Wettbewerbsfähigkeit anspricht, ist der einzige Weg Business Cases für die Dekarbonisierung der Industrie in Europa zu entwickeln und damit den Green Deal zum Erfolg zu machen."

Markus Pieper (CDU), parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments für die Erneuerbaren-Energien-Richtlinie:

"Das Windenergiepaket zeigt das Bekenntnis der Europäischen Union zu Erneuerbaren Energien und zur Energiewende. Beschleunigte Genehmigungsverfahren, die Einstufung als überragendes öffentliches Interesse und berechnete Ausnahmen von Artenschutzvorgaben markieren einen bedeutenden Schritt hin zur nachhaltigen Energieversorgung. Die überarbeitete Erneuerbaren-Energien-Richtlinie hat die Richtung vorgegeben. Damit dies auch in der Umsetzung gelingt, müssen wir für die Windindustrie die Wettbewerbsrahmenbedingungen im Strommarkt stärken. Entscheidend für die europäische Souveränität ist es auch, die Lieferketten im Hinblick auf benötigte kritische Rohstoffe wie Lithium oder Kobalt zu sichern. Die heutigen Ankündigungen gehen in die richtige Richtung."

Transparenzmaßnahmen für NGOs gefordert

In der Sitzung des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments am 07. November stellt **Markus Pieper (CDU)**, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe und Berichterstatter des Europaparlaments über Transparenz und Rechenschaftspflicht von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) seinen Berichtsentwurf zu diesem Thema vor. Dazu erklärt er:

„Mit meinem Bericht zur Transparenz von NGOs setze ich mich für klare Regeln ein, die den Missbrauch von EU-Geldern unterbinden. Der Bericht wurde durch den Korruptionsskandal Qatargate ausgelöst, der im vergangenen Winter das Europäische Parlament erschüttert hat. Allein im Jahr 2022 haben NGOs mindestens 2,5 Mrd. Euro aus dem europäischen Haushalt bekommen. Natürlich spielen NGOs eine wichtige Rolle für die europäische und internationale Zivilgesellschaft, und ich betone, dass es nur sehr wenige schwarze Schafe sind, die dem Ruf aller NGOs schaden. Einige Forderungen des Berichts stammen

aus einer vom CONT-Ausschuss in Auftrag gegebenen Studie, die am 12. Oktober vorgestellt wurde.

Wir müssen für bestimmte NGOs wissen, wie genau sie finanziert sind und ob nicht wirtschaftliche Interessen hinter einem vermeintlichen gemeinnützigen Auftrag stehen. Daher fordere ich, dass sie ihre weitere Finanzierung offenlegen. Wir wollen die Geldgeber der NGOs kennen, aber auch wissen, wer ihre eigentlichen Endbegünstigten sind. Schluss mit undurchsichtigen Vertragsketten: Die europäischen Steuerzahler haben ein Recht darauf, zu erfahren, welche Projekte genau mit ihrem Geld finanziert werden. Deshalb fordere ich die Kommission auf, bis zum 1. Juli 2024 eine NGO-Verordnung mit einer klaren NGO-Definition vorzulegen. Außerdem fordere ich gleiches Recht für alle: NGOs sollten, wie wir Abgeordneten auch, ihre Lobbytreffen mit Abgeordneten, Assistenten und Mitarbeitern anderer EU-Institutionen veröffentlichen. Mit diesen Transparenzmaßnahmen hätte der Korruptionsskandal Qatargate verhindert werden können.“

Hintergrund:

Die Vorstellung des Berichtsentwurfs im Haushaltskontrollausschuss erfolgte am 07. November. Die Sitzung kann [hier](#) online angesehen werden.

Der Berichtsentwurf "über Transparenz und Rechenschaftspflicht von aus dem EU-Haushalt finanzierten nichtstaatlichen Organisationen" ist [hier](#) abrufbar.

Die oben erwähnte Studie mit dem Titel "Transparency and accountability of EU funding for NGO's active in EU policy areas within EU territory" finden Sie [hier](#).

Konstruktive Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Königreich

Das Europaparlament hat am 23. November seinen Bericht zur Umsetzung des Handels- und Kooperationsabkommens (Trade and Cooperation Agreement - TCA) zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich verabschiedet. Dazu erklärt **David McAllister (CDU)**, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses und Co-Vorsitzender der Kontaktgruppe des Europaparlaments für die Beziehungen mit dem Vereinigten Königreich:

"Der heute verabschiedete Umsetzungsbericht ist die erste umfassende Bestandsaufnahme unserer bilateralen Beziehungen seit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU am 31. Januar 2020. Er kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass das Handels- und Kooperationsabkommen die negativen Folgen des Brexits reduziert hat. Das Abkommen ist eine solide Basis für eine starke und konstruktive Partnerschaft. Allerdings kann diese niemals so umfangreich sein, wie eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union, im Binnenmarkt oder in der Zollunion.

Darüber hinaus zeigt der Bericht deutlich, dass es in anderen Politikfeldern viel zu tun bleibt: So gibt es in der Außen- und Sicherheitspolitik bislang keine Vorkehrungen für eine formelle Zusammenarbeit. Nach dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine war unsere Zusammenarbeit beispielhaft für das Potential einer vertieften Partnerschaft. Darauf sollten wir gemeinsam aufbauen."

Verbot von Westdorsch-Angeln

Der Fischereirat der EU-Mitgliedstaaten hat am frühen Morgen des 24. Oktober das Westdorsch-Angeln verboten. Dazu erklärt **Niclas Herbst (CDU)**, Sprecher der CDU/CSU-Gruppe für Fischereipolitik und einziges deutsches Vollmitglied im Fischereiausschuss des Europaparlaments:

„Für Freizeitfischer und Wassertourismus in Schleswig-Holstein wird die Lage nun noch schwieriger. Es ist unklar, ob unsere Tourismusregion den heutigen Beschluss verkraften kann. Der Beschluss bedeutet eine große Herausforderung für den Angeltourismus in Norddeutschland. Einmal zerstörte Strukturen werden sich nicht wiederaufbauen lassen. Wir dürfen in dieser krisenhaften Situation, die nicht durch Überfischung entstanden ist, die Fischer nicht alleine lassen. Pauschale Verbote bringen uns nicht weiter. Es muss eine ernsthafte Überprüfung der sozio-ökonomischer Folgen der heutigen Entscheidungen stattfinden. Es drohen irreversible Folgen für die Strukturen in den Sektoren.“

Kormorane und andere Prädatoren dezimieren das Jungfischaufkommen bevor sie das Mindestmaß erreichen. Bei den Prädatoren geschieht zu wenig, stattdessen werden Angler und Berufsfischer in die Verantwortung genommen.

Bei den Quoten für den Dorsch in der westlichen Ostsee für Berufsfischer hat der Rat 340 Tonnen beschlossen (-30%), im Vergleich zu 136 Tonnen (-70%) im Kommissionsvorschlag. Fänge des westlichen Dorschs sind nur als Beifänge erlaubt. Das ist vernünftig, angesichts der Beifänge von Dorsch in der Plattfischfischerei. Der Schollenbestand ist weiter angewachsen. Nach Berichten aus der Fischerei wachsen die Tiere aber nicht mehr so gut.

Beim westlichen Hering hat der Ministerrat ein „rollover“ beschlossen, also eine geringe Quote wie im Vorjahr festgesetzt. Auch die Ausnahmeregelung zum Fang geringer Mengen für die kleine handwerkliche Fischerei zur regionalen Vermarktung ist beibehalten worden. Das ist ebenfalls eine vernünftige Regelung.“

Mein Mittelfranken

Ministerpräsident Dr. Markus Söder stellt sein neues Kabinett vor

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat am 08. November mit Zustimmung des Bayerischen Landtages folgende Mitglieder seines neuen Kabinetts berufen:

- Leiter der Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten und Medien: **Florian Herrmann, MdL**
- Staatsminister für Europaangelegenheiten und Internationales: **Eric Beißwenger, MdL**
- Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie und stellvertretender Ministerpräsident: **Hubert Aiwanger, MdL**
- Staatssekretär: **Tobias Gotthardt, MdL**
- Staatsminister des Innern, für Sport und Integration: **Joachim Herrmann, MdL**
Staatssekretär: **Sandro Kirchner, MdL**
- Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr: **Christian Bernreiter, MdL**
- Staatsminister der Justiz: **Georg Eisenreich, MdL**

- Staatsministerin für Unterricht und Kultus: **Anna Stolz, MdL**
- Staatsminister für Wissenschaft und Kunst: **Markus Blume, MdL**
- Staatsminister der Finanzen und für Heimat: **Albert Füracker, MdL**
Staatssekretär: **Martin Schöffel, MdL**
- Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz: **Thorsten Glauber, MdL**
- Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus: **Michaela Kaniber, MdL**
- Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales und weitere Stellvertreterin des Ministerpräsidenten: **Ulrike Scharf, MdL**
- Staatsministerin für Gesundheit, Pflege und Prävention: **Judith Gerlach, MdL**
- Staatsminister für Digitales: **Fabian Mehring, MdL**

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat außerdem folgende Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung berufen:

- Beauftragter für Bürokratieabbau: **Walter Nussel, MdL**
- Bürgerbeauftragter: **Wolfgang Fackler, MdL**
- Integrationsbeauftragter: **Karl Straub, MdL**
- Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe: **Ludwig Spaenle, StM a.D.**
- Beauftragte für Aussiedler und Vertriebene: **Petra Loibl, MdL**
- Beauftragte für das Ehrenamt: **Gabi Schmidt, MdL**
- Patienten- und Pflegebeauftragter: **Thomas Zöllner, MdL**

Der Nürnberger Lebkuchen ist gerettet!

Gute Neuigkeiten aus der EU! Verhandlungsführer des Rates und des Europäischen Parlaments haben eine wichtige Vereinbarung getroffen, um die Bedeutung von geografischen Angaben und Qualitätsregelungen für Wein, Spirituosen und landwirtschaftliche Produkte in ganz Europa zu stärken.

Dieser Schritt wird nicht nur unserer reichen kulinarischen Tradition in Europa Anerkennung verschaffen, sondern auch den Schutz unserer hochwertigen Produkte im Internet verbessern. Und nicht zu vergessen, es wird helfen, den hervorragenden Ruf europäischer Produkte auf den globalen Märkten zu wahren. Das ist ein starkes Zeichen für die Förderung unserer einzigartigen regionalen kulinarischen Kostbarkeiten, wie unseren Nürnberger Lebkuchen! Auch ich habe im Hintergrund einen großen Beitrag dazu geleistet!

Stolburg-Bakterium: Zuckerrüben in Gefahr



Seit Mitte September und noch bis Dezember werden die Rüben geerntet und verarbeitet.

Doch die Bauern machen sich seit diesem Jahr über eine neue Krankheit große Sorgen - das Stolburg-Bakterium. Dieses führt zur gefürchteten Gummirübe. Darüber und über weitere Themen habe ich bei meinem Hofbesuch mit Dr. Stefan Streng und Ulrike Streng gesprochen. Dr. Streng ist nicht nur Landwirt, sondern auch Vorsitzender des Verbands der Süddeutschen Zuckerrübenanbauer.

Termine wie diese zeigen mir immer wieder aufs Neue, wie vielfältig unsere Landwirtschaft ist, welchen Herausforderungen sie gegenübersteht und sie geben mir wertvolle Impulse, wie wir in Europa gute Politik für unsere Bäuerinnen und Bauern daheim machen können und müssen.

Heimische Milch auf der Consumenta Nürnberg

Die Besuchermesse Consumenta fand vom 28. Oktober bis zum 05. November in Nürnberg statt und unsere Landwirtschaft ist direkt in Halle 1 vertreten. Ich konnte mit Joachim Herrmann, Günther Felßner und der bayerischen Milchkönigin Veronika Gschoßmann unsere leckere, heimische Milch genießen. Barkeeper für Milchshakes war der Kreisobmann des Bayerischen Bauernverband aus Schwaben Wolfgang Scholz mit Ehefrau.

Alle Besucher konnten selbst am Stand Milchshakes probieren, sich von Rezepten mit Milch inspirieren lassen und sich über die Milchwirtschaft informieren. Am 04. November wurde der Infostand vom Kreisverband Nürnberg Land betreut, die mittelfränkischen Landwirte und Bauern freuten sich über viele Besucher.



Metropolregion Nürnberg als „Welt-Agrarkulturerbe“?

Die Metropolregion Nürnberg bewirbt sich nach einem einstimmigen Ratsbeschluss auf den Titel „Welt-Agrarkulturerbe“. Doch was bedeutet das für die Landwirte in der Region?

Ich habe mich dazu am Freitag, den 18. November auf dem Betriebshof von Höfler Gemüse in Nürnberg mit Peter Höfler (Gemüsebauer), Jochen Loy (Bayerischer Bauernverband), Dr. Georg Gruber (Vereinigten Werkstätten für Pflanzenöltechnologie), Prof. Dr. Tobias

Chilla (Institut für Geographie, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg), Lisa Ott (Bayerische Kulturlandstiftung) getroffen.

Peter Höfler hat hier betont: „Uns Landwirten ist wichtig, dass wir weiter denken, arbeiten und handeln können. Wir stehen im Wettbewerb mit globalen Anbietern. Wir suchen jeden Tag unsere Chancen in der regionalen und globalen Nische. Ein UN-Titel ist schön, aber er muss uns positiv begleiten und befördern“. So sieht es auch Professor Chilla. Er betonte, dass das Projekt nicht statisch sein darf, es muss visionär sein. Falls Entwicklung stattfindet, dann muss diese geschehen und darf nicht daran hängen. Viel Gesprächsbedarf gab es außerdem zu den Themen alternative Energie, Biodiversität und Artenvielfalt.



Unterwegs in Unterfranken

Als Landesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CSU freue ich mich sehr, wenn ich in unseren Bezirks- und Kreisverbänden unterwegs bin.

So wie beim Kreisverband Haßberge in Unterfranken, zu deren Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen ich zu Gast war. Herzlichen Glückwunsch an den neuen Vorsitzenden Frank Schmidt und sein Team in der Vorstandschaft

Ein herzliches Vergelts Gott an Dieter Reisenweber, der den Kreisverband viele Jahre erfolgreich geführt hat.

Ihr seid die starke Stimme der Landwirtschaft in unserer CSU - herzlichen Dank für Euer Engagement in der Partei und Eure Arbeit in der Landwirtschaft.

Wie vielfältig und kreativ unsere Familienbetriebe sind, hat der Besuch bei der Familie Rügheimer wieder einmal gezeigt. Der junge und dynamische Betriebsleiter weiß was er will und kann. Die Vermarktung der Eier läuft zB direkt über den Handel. Neben Hühnern hält die Familie auch Schweine und - Alpakas! Die beiden Tiere schützen die freilaufenden Hühner vor Greifvögeln und Mardern. Wirklich zwei süße Bodyguards.

Jahreshauptversammlung des Soldatenbundes in Roth

Demokratie ist kein Geschenk, sondern Arbeit!

In Zeiten großer Krisen ist es wichtig pfleglich mit unserer Demokratie umzugehen. Wir sollten nicht auf die „Geschichten“ der Feinde der Demokratie hereinfallen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Bedeutung der Arbeit des Soldatenbundes wieder zunimmt. Wir brauchen sie, denn sie sind es, die aktiv eintreten für Staat, Vater- und Heimatland. Sie wahren das Andenken der Gefallenen, treten für die Ehre der Soldaten

ein und fördern die Wehrbereitschaft. Sie unterstützen damit solidarisch die Bundeswehr und pflegen die militärischen Tugenden und ihre Traditionen.

Die aktuelle Situation weltweit zeigt wie wichtig das ist, denn die Welt spielt verrückt. Außenministerin Baerbock glaubt mit feministischer Politik die Welt retten zu können. Wenn wir allerdings auf die Brandherde im Gazastreifen, also in Israel und Palästina blicken, auf die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo, Armenien und Aserbaidschan und den brutalen Angriffskrieg von Russland in der Ukraine, dann stellen wir fest: überall zündelt Putin und China versucht im Windschatten seine Einflusspolitik zu vergrößern. Genau deshalb ist es wichtig der Bedeutung des Heimatschutzes eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Es war mir eine große Freude, am 05. November zu Gast bei der Jahreshauptversammlung des Bayerischen Soldatenbundes Kreisverband Roth zu sein, um zuzuhören und diese Dinge anzusprechen. Als Ehrenmitglied des Kreisverbandes Roth ist und war mir das ein besonderes Anliegen. Vielen Dank für die Einladung lieber Wolfgang Niebling, Kreisvorsitzender des Bayerischen Soldatenbundes Kreisverband Roth. In Treue fest!

Besamungsverein Neustadt a.d. Aisch feiert 75 Jahre



75 Jahre ist der Besamungsverein Neustadt a. d. Aisch bereits im Dienste unserer Landwirte! Das wurde vor einigen Wochen zusammen mit internationalen Gästen, unter anderem auch einer Delegation aus Rumänien, gefeiert.

Der Besamungsverein hat sich über die Jahre einen großen Markt aufgebaut. Dabei wurde der Verein 1948 gegründet um Kühe, die von einer Deckseuche befallen waren, zu besamen. Dies war eigentlich zeitlich begrenzt, doch schnell stellten sich die Vorteile der künstlichen Besamung heraus und der Verein begann zu wachsen. Jetzt gibt es ihn seit mehreren Jahrzehnten und er liefert Qualität, auf die sich Landwirte verlassen können.

Es ist kein Zufall, dass sie besten Leute bei der besten Organisation sind. Eine Erfolgsgeschichte mit Zukunft!

Besuch aus der Heimat

Willkommen in Brüssel! Mitte November durfte ich gleich zwei Besuchergruppen empfangen.

Am 09. November hat mich eine Gruppe von Studenten aus Erlangen besucht. Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) ist ein hochschulpolitischer Verein, der seine Seminarfahrt nach Brüssel gemacht hat. Die Gruppe von 16 jungen Frauen und Männern hat sich das Europaparlament angeschaut und wir haben uns zum Kennenlernen getroffen. Leider war die Zeit zu knapp, um alle Fragen zu beantworten. Es freut mich sehr, dass junge Menschen Interesse an Politik und der EU haben!

Außerdem konnte ich am 14. November unter anderem Direktvermarkter des Hilpoltsteiner Bauernmarktes begrüßen. Sie können dieses Jahr ihr 30-jähriges Bestehen feiern. Der Hilpoltsteiner Bauernmarkt ist ein Treffpunkt im Herzen der Altstadt - In herzlicher Atmosphäre gibt's dort fachkundige Beratung im persönlichen Gespräch. Grund genug für mich die Direktvermarkter zum Jubiläum nach Brüssel einzuladen.

Auch als Gruppe dabei waren 15 Mitglieder des Freizeit-Fußballvereins FSV Blau-Weiß Hilpoltstein 1984 e.V., darunter ihr Vorsitzender, Günter Roll. Ich habe mich auch über die zahlreichen weiteren EU-interessierten Besucher aus verschiedenen Städten Mittelfrankens sehr gefreut. Schön, dass ihr da wart.



Grüße an die Schülersprecherkonferenz Nürnberg

Am 23. Oktober hatte ich die besondere Gelegenheit, eine Grußbotschaft an die Vertreterinnen und Vertreter der Schülersprecherkonferenz in Nürnberg zu senden, wenn auch nur per Video-Botschaft.

Im kommenden Jahr steht die nächste Europawahl an. Zum ersten Mal dürfen auch alle ab 16 Jahren an dieser Wahl teilnehmen. Das ist eine historische Chance, die Interessen junger Menschen noch besser auf europäischer Ebene zu vertreten und die Zukunft unseres Kontinents zu gestalten.

Jede Wahl ist von großer Bedeutung, und es liegt in unserer Verantwortung, uns über Parteien, Themen und Programme zu informieren, um fundierte Entscheidungen zu treffen. Demokratie ist nicht immer einfach. Sie erfordert Engagement, Wissen und aktive Beteiligung. Aber ich bin überzeugt, dass es keine bessere Staatsform gibt. Sie ermöglicht es uns, unsere Stimme zu erheben, für das einzutreten, was uns wichtig ist, und unsere Freiheiten zu schützen. Daher möchte ich heute schon an alle jungen Menschen appellieren, euch für demokratische Kräfte in Europa einzusetzen.

Ihr seid die Zukunft Europas. Ohne euer Engagement für Völkerverständigung, gegen Rassismus und für die Demokratie würde das Herz Europas aufhören zu schlagen. Lassen wir uns nicht entmutigen, wenn die Herausforderungen groß erscheinen. Im Gegenteil, sie erfordern unseren Einsatz und unsere Entschlossenheit. Gemeinsam können wir viel erreichen.

Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus



Am Samstag, 18. November, war ein wichtiger Termin für die Freunde der Demokratie und des Friedens. Bereits zum 30. mal fand die Gedenkstunde am Mahnmal in Schupf bei Happurg für die Opfer des KZ-Außenlagers Hersbruck statt. Zusammen mit anderen demokratischen Parteien aus dem Kreistag durfte ich als Vertreterin der CSU einen Kranz niederlegen und innehalten.

Im Anschluss an den öffentlichen Teil machten meine Parteifreunde Helmut Brückner (stellvertretender Landrat), Thomas Schmidt (2. Bürgermeister aus Happurg), Lisa Bezold (Kreisrätin), MdB Ralph Edelhäußer und unser neuer Bezirkstagspräsident Peter Daniel Forster deutlich: Wir stehen fest an der Seite Israels! Deutschland hat hier eine besondere Verantwortung. Israel hat das Recht sich zu verteidigen, Terroristen zu verfolgen und die Sicherheit seiner

Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Die Verbrechen gegen Juden dürfen nicht wieder geschehen und wir müssen alles tun, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verhindern!

Meine Stadt - Mein Verein

Seit Jahrzehnten schlägt mein Herz für Fußball und natürlich auch für den FCN!

Besonders stolz bin ich auf meinen Nürnberg-Wimpel der einen festen Platz in meinem Haus in Dehnberg hat. Inklusive Unterschriften ehemaliger Spielergrößen.

Deshalb war es für mich auch selbstverständlich am 1. November das Pokalspiel am Rande zu verfolgen. Es war ein absoluter Krimi - Verlängerung, verschossener Elfer und am Ende ein knapper aber verdienter Sieg. Anfang Dezember geht es dann im Achtelfinale ran und ich werde unserem FCN auf jeden Fall die Daumen drücken!



Ehrenmitgliedschaft für Cornelia Trinkl

Ehrungen & tolles Essen - die CSU Rothenbach war am ersten Novemberwochenende zu Gast in Rockenbrunn um langjährige Mitglieder zu ehren. Mit dabei auch meine geschätzte Kollegin Cornelia Trinkl, die zum Ehrenmitglied ernannt wurde. Für Conny gibt und gab es keine halben Sachen. Ganz oder gar nicht ist ihr Motto!

In der übervollen Gaststube konnte ich viele interessante Gespräche führen und das Essen war wie immer: sehr empfehlenswert! Für mich gab es Spinatknödel auf zerlassener Butter - ein Gedicht!

Das besondere im “Rockers”: hier wurde der erste Frankentatort gedreht, die Schauspieler kommen immer wieder mal vorbei. Und auch die Rosenheim Cops waren hier schon zu Gast.



Gratulation zur Ehrenmitgliedschaft, liebe Conny!



Glückwunsch zum 50. Jubiläum!

Glückwunsch zum 50. Jubiläum

Die Fachakademie für Sozialpädagogik des Landkreises Nürnberger Land feiert in diesem Jahr 50-jähriges Jubiläum. Vor wenigen Wochen gab es dazu einen Festakt. Bis heute unverändert ist die hohe Ausbildungsqualität und der praxisnahe Unterricht. Gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher sind heute gefragter denn je. Herzliche Gratulation an die FAKS Altdorf zum 50. Geburtstag!

Herzensangelegenheiten

Dringender Handlungsbedarf bei illegalem Welpenhandel

In einem gemeinsamen Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Gesundheitskommissarin Stella Kyriakides haben mehrere Mitglieder der EVP-Fraktion, unter der Leitung von Marlene Mortler, zuständige Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Peter Liese, Sprecher im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit und Esther de Lange, stellvertretene Fraktionsvorsitzende der größten Fraktion im Europäischen Parlament (EVP-Christdemokraten), dringlich auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Schutz von Haustieren in der EU zu verbessern.

„Wir können in Europa stolz auf unsere hohen Tierschutzstandards sein. In der Praxis zeigt sich aber leider oft, dass unsere strengen Regeln umgangen werden. Dadurch floriert beispielsweise der illegale Welpenhandel in der EU. Mit diesem Brief weisen wir Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kommissarin Kyriakides mit Nachdruck darauf hin und fordern einen Vorschlag der Kommission, weil uns Tierheimbetreiber immer wieder auf diese Misstände hinweisen. Schließlich geht es um das Wohl von allen Heimtieren, so wie Hunden und Katzen“, erklärte Mortler.

Der Brief folgt einer kürzlich veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage, nach der eine überwältigende Mehrheit von 74 Prozent der europäischen Bürger einen verstärkten Schutz

von Haustieren fordert. „Der illegale Handel mit Haustieren, insbesondere Hundewelpen, stellt in der EU ein gravierendes Problem dar. Diese Praktiken verstoßen nicht nur gegen Tierschutzstandards, sondern gefährden auch die menschliche Gesundheit durch die Übertragung von Krankheitserregern. Es ist höchste Zeit, dass die Europäische Kommission handelt, um diesen Missständen Einhalt zu gebieten“, so der Arzt und Europaabgeordnete Liese.

Das Europäische Parlament hatte bereits 2020 in einer Resolution die Kommission aufgefordert, geltendes Recht besser umzusetzen, ein EU-weites Identifizierungssystem für Katzen und Hunde einzuführen und einen Aktionsplan gegen den illegalen Haustierhandel zu entwickeln. „Wir erwarten, dass die Kommission am 6. Dezember einen Vorschlag zur Verbesserung der Tierschutzgesetzgebung vorlegt, der diese Forderungen berücksichtigt“, so die EVP-Abgeordneten abschließend.

Literatur in Lauf

Bühne frei für Literatur! In Lauf treffen sich seit Jahren Literaturfans und Interessierte bei den Literatur Tagen. Lesungen, Konzerte, Bühnengespräche - man kommt zusammen, hört zu und tauscht sich aus. Lauf ist inzwischen zur TOP Adresse geworden!



Am Sonntag, den 12. November war ich bei der Lesung von Claudia Kemfert, die ihr Buch „Schockwellen“ vorgestellt hat. Sie selbst ist Professorin für Energieökonomie und Nachhaltigkeit und erklärt in ihrem Buch Fakten, Hintergründe und Zusammenhänge von Energie, Wirtschaft und Politik in Bezug auf die aktuelle Energie- und Klimakrise. Vielschichtig, ein volles Haus und gut moderiert von Tom Viewegh.

Mit dabei war auch mein guter Freund „Adi“ Dienstbier, der als Laufer Buchhändler natürlich nicht fehlen durfte.

Ein großer Planungsaufwand, der viele fleißige Hände braucht! Danke an alle, die jedes Jahr im Hintergrund mithelfen, damit so eine Veranstaltungsreihe stattfinden kann

Rotkreuzladen eröffnet

Jetzt kann geshoppt werden! Mitte November war die Eröffnung des neuen Rotkreuzladen in der Altdorfer Straße in Lauf. Monate wurde umgebaut, neu eingerichtet und jetzt kann endlich nachhaltig und für kleines Geld eingekauft werden.

Die Kleider-Läden des Bayerischen Roten Kreuz sind eine Anlaufstelle für viele Menschen. Denn hier gibt es alles - Kinderklamotten, Spielsachen, Hosen, Hemden, Kleider, Deko oder auch Einrichtung. Und das für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch ich hatte eine kleine Spende mitgebracht.

Wie schön, dass der Laden jetzt wieder geöffnet hat! Dankeschön an die Vermieter!



Bundesweiter Vorlesetag



Vorlesen verbindet! Zum bundesweiten Vorlesetag am 7. November habe ich an der Grundschule Schwaig aus dem Buch „Durdu und das Plastikmeer - Eine abenteuerliche Weltreise“ vorgelesen.

Gerade für die Jüngsten ist häufiges Vorlesen wichtig - für ihre Sprachkompetenz, später für ihre eigene Lesefähigkeit und natürlich regt das auch ihre Fantasie an. Also, liebe Eltern, Großeltern und Familienmitglieder: lest euren Kindern vor, am besten täglich!

Die kleine Durdu aus meinem Vorlese-Buch ist übrigens eine neugierige Stadttube. Sie folgt einer Plastiktüte, die vom Wind erfasst wird und möchte herausfinden, was damit passiert. Auf ihrer Reise erfährt Durdu Wissenswertes über die weltweite Plastikverschmutzung und was man dagegen tun kann. - Ein tolles Buch zum Lesen und Lernen.

Welttag für Kinder krebskranker Eltern

„Mama, geht's dir gut?“ Was antwortet man seinem Kind, wenn es diese Frage stellt? Wie erklärt man seinem Kind, dass etwas nicht stimmt? Was ist das beste Vorgehen?

Am 08. November ist Welttag für Kinder krebskranker Eltern. Wenn Eltern Krebs bekommen, dann stellt das vieles auf den Kopf - besonders die Welt der Kinder. Denn die merken schnell, dass etwas anders ist. Ein Geheimnis daraus machen, die Krankheit verschweigen oder alles gut reden kann zu Störungen führen. Die beste Möglichkeit: so früh, offen und altersgerecht wie möglich mit dem Kind sprechen. Die neue Situation, die Veränderung erklären. Zum Beispiel dem Kind den Fleck auf der Haut zeigen und erklären das dies Hautkrebs ist und das Papa jetzt deshalb öfter zum Arzt muss. Wer Hilfe und Unterstützung sucht, kann sich an die Deutsche Krebshilfe wenden. Sie fördern Beratungsstellen, bei denen betroffene Eltern Hilfe erhalten.

Die „Golden Ribbon“, die goldene Schleife ist das weltweite Symbol der Solidarität mit allen Betroffenen. Auch ich möchte damit meine persönliche Unterstützung symbolisieren und Betroffenen Mut machen.

Tag der Toleranz

Am 16. November begehen wir den **Tag der Toleranz**. Eigentlich wollte ich feiern und nicht begehen schreiben. Aber wenn ich in die Welt blicke, gibt es in Sachen Toleranz gerade nicht viel zu feiern. Hass, Gewalt, Krieg stimmen mich unendlich traurig und ohnmächtig.

Ich wünsche mir Toleranz und Respekt für alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, Religion, sexuellen Orientierung oder Überzeugungen.

Lasst uns diesen Wunsch jeden Tag im Miteinander leben. Denn unser eigenes Verhalten können wir beeinflussen - verblendete Ideologien und Weltanschauungen manch anderer nicht.

Fair Trade am Frühstückstisch

Eine Tasse guter Kaffee gehört für viele jeden Morgen dazu. Schon in meiner Zeit als Kreisbäuerin im Nürnberger Land haben wir auf unserem Landfrauentag immer Kaffee aus fairem Handel ausgeschenkt.

Doch aus welchem Land kommt er? Wie wurde er hergestellt? Und unter welchen Bedingungen? Über diese Fragen konnte ich Ende Oktober mit Kollegen aus dem EU-Parlament und der Fair Trade Bewegung während eines Frühstücks sprechen.

Konkrete Möglichkeiten zur Gewährleistung eines fairen und ökologischen Übergangs und die Unterstützung von Kleinbauern auf der ganzen Welt wurde zum wiederholten Male in der Theorie diskutiert.

Interessante Gespräche mit motivierten Kollegen und Nichtparlamentariern warten auf eine Fortsetzung! Danke an Bernd Lange, unseren vorsitzenden Leiter. Leider entsprach das angebotene Frühstück nur zu einem kleinen Teil dem Fair Trade Gedanken - Verbesserungen erwünscht.

Weltpoliotag

Am 28. Oktober ist Weltpoliotag. Mein Zwillingbruder leidet bis heute an den Folgen, wie durch ein Wunder verschwand die Erkrankung bei mir wieder. Die WHO hat den weltweiten Aktions-Tag gegen Kinderlähmung 1988 ins Leben gerufen, auf den ich gerne aufmerksam mache.

Lesenswert

KAS-Monitoring: Die europafreundlichen Deutschen

Lesen Sie in der Publikation „[Die europafreundlichen Deutschen](#)“ der Konrad-Adenauer-Stiftung interessante Ergebnisse über die Einstellung der Deutschen zu Europa.

Brüsseler Notizen

Lesen Sie die neueste Ausgabe der [Brüsseler Notizen](#) der Hanns-Seidel-Stiftung mit Beiträgen zur aktuellen Außen- und Entwicklungspolitik.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Marlene Rühlemann, Luisa Bernhardt

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.